TOP 3.5.4 AK Kaske zu Banken: Beschäftigte dürfen nicht für Risikopolitik zahlen

Branche spürt Aufwind und tilgt ihre Schulden beim Staat

„Die Beschäftigten in den österreichischen Banken stehen unter einem enormen Druck, denn immer weniger müssen immer mehr Arbeit erledigen“, sagt AK Präsident Rudi Kaske. Ein fairer Abschluss bei den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen ist deshalb von enormer Bedeutung. Kaske: „Das Personal hat in Zeiten der Krise bereits seinen Beitrag geleistet. Die Beschäftigten dürfen nicht weiter die Leidtragenden der vorherrschenden Risikopolitik sein.“

Bei den österreichischen Banken wird weiterhin eine phantasielose Politik betrieben – und diese heißt Personalabbau. Von Jänner bis September 2013 verzeichnet der gesamte Kreditsektor einen signifikanten Beschäftigtenrückgang nach Vollzeitäquivalenten um 1.473 Personen (-2,2 Prozent) auf 66.312 Bankangestellte. Zudem dürfte damit das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht sein, weitere Einschnitte sind zu befürchten.

Die laufenden Löhne und Gehälter sind in den ersten neun Monaten 2013 um marginale 0,7 Prozent gestiegen. Darüberhinausgehende Kosten entstanden ausschließlich aus buchhalterischen Kalkulationen (vor allem Zinseffekte bei Rückstellungen).

Zudem beginnt sich die wirtschaftliche Situation der Banken zu verbessern. Im Vorjahr ist laut Statistik der Oesterreichischen Nationalbank der Gewinn im Sektor zwar gesunken, dafür maßgeblich verantwortlich waren aber Wertberichtigungen aus dem Kreditgeschäft. „Warum sollen die Beschäftigten für diese offenbar zu risikoreichen Geschäfte zahlen?“, fragt AK Präsident Kaske. Denn heuer zeigt der wirtschaftliche Trend offenbar wieder nach oben. Als Indiz dafür können die Rückzahlungen des in der Krise vom Staat gewährten Partizipationskapitals gewertet werden. Die Erste Group hat ihre Schuld bereits im Vorjahr getilgt, Raiffeisen ist aktuell dabei, dies zu tun. Und auch die Bawag/PSK hat mit ihrer Tilgung bereits begonnen.

„Vor allem vor diesem Hintergrund ist nicht einzusehen, warum die Bankangestellten weiter die Suppe der Risikopolitik auslöffeln müssen“, sagt Kaske und fordert einen fairen Abschluss bei den laufenden KV-Verhandlungen.